

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Hartmann.

M 300.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme
des Sonntags täglich Abends und ist
durch alle Postanstalten zu beziehen.

Mittwoch, den 19. November.

Preis für das Vierteljahr 1½ Thaler.
Inserions-Gebühren für den Raum
einer gespaltenen Zeile 1 Neugroschen.

1851.

Amtlicher Theil.

Generalverordnung

des Ministeriums des Innern, das Verbot innen-
bemerkter Druckschrift betreffend.

Von dem Ministerium des Innern ist in Anwendung von §. 6 des Gesetzes, die Angelegenheiten der Presse be-
treffend, vom 14. März dieses Jahres beschlossen worden,
die Verbreitung des VII. Lieferung des XIV. Bandes der
Druckschrift: „Meyer's Universum, ein belehrendes
Bildwerk für alle Stände. Hildburghausen und Am-
sterdam. Aus der Kunstanstalt des bibliographischen Institu-
tuts“ für den Bereich des Königreichs Sachsen zu unter-
sagen.

Sämtliche Kreisdirectionen, Amtshauptmannschaften
und Polizeibehörden werden demzufolge angewiesen, wegen
sofortiger Ausführung dieses Verbots ungesäumt das Er-
fordliche vorzulegen.

Dresden am 18. November 1851.

Ministerium des Innern.

v. Preisen.

Dresden, 13. November. Se. Königliche Majestät hat
den Geheimen Hofkath. Albert Zenger, bisherigen
Ritter des Verdienstordens, zum Comthut 2. Classe des ge-
dachten Ordens zu befördern huldreichst geruht.

Tagesgeschichte.

H Chemnitz, 17. November. Bei der heute hier statt-
gefundenen Wahl eines Abgeordneten und dessen Stellvertreter
für den vierten Wahlbezirk des Fabrik- und Han-
destandes erhielt bei 24 Abstimmenden (es waren
sämtliche Wahlmänner erschienen) Herr Kaufmann und
Fabrikant Ernst Iselin Claus zu Chemnitz 23 Stim-
men; da er aber die Wohl bestimmt ablehnte, so wurde für
ihn noch eine eventuelle Wahl vorgenommen, bei welcher
der Kaufmann und Fabrikant Gustav Lechla zu Döberan
ebenfalls mit 23 Stimmen eventuell zum Abgeordneten be-
stimmt wurde. Stellvertreter wurde der hiesige Maschinen-
fabrikant August Ludwig Göthe, welcher gleichfalls 23
Stimmen erhielt.

Aus Wien vom 16. November schreibt die „Öster-
reichische Correspondenz“: Ja der österreichischlichen Presse
des Auslands ist neuestens eine Fülle von Angriffen auf-
getaucht, welche die angebliche und sogenannte Mediatisie-
rung des Großherzogthums Toskana betreffen. Es wird nämlich von den Organen vertheidigt, daß Sti-
pulationen getroffen worden seien, wonach von der Sou-
veränität und Unabhängigkeit Toskanas nur der Name
und nur ein Schattenbild übrig bleibe, die factische In-
corporation dieses Staates in Österreich dagegen durch die
Aufstellung der toskanischen Truppen unter österreichischen
Commando wirklich vollzogen werden solle. Wir haben kaum
vonnöthen, auf die Achtung hinzuweisen, welche Österreich
den Verträgen und dem Rechte unabhängiger Staaten
jedergest entwiesen hat. Die Welt weiß, daß Österreich
unter allen Umständen auf das fortfällige beslissen war,
das Gleichgewicht von Europa, wo und wie immer dasselbe
gestört werden sollte, zu bewahren. Wir können deshalb
versichern, daß die von den erwähnten Blättern gebrachten
Mitteilungen einerseits auf Unwahrheit, andererseits auf
den eifrigsten Übertriebenen beruhen. Österreich akpirte
nicht mehr Machtinfluss und nicht mehr Recht auf Toskana,
als ihm durch die Verträge und die bekannte Heimfalls-
bestimmung gewährleistet ist. In Bezeich der angeblichen

Abschaffung der toskanischen Diplomatie können wir aus
guter Quelle die Mitteilung machen, daß die großherzog-
lich toskanische Regierung nichts weiter beabsichtigt, als
aus finanziellen Rücksichten die Gesandtschaftsposten zu Kon-
stantinopel, Turin und Neapel aufzuhören und auch sonst
einige Gesandtschaftsstellen durch Geschäftsträger versehen
zu lassen.

— (Vgl. P.) Dem Vernehmen nach sind die sämtlichen
Obergerichte von Seite des Justizministeriums aufgefordert worden, über den Gang der Rechtspflege über-
haupt, über wünschenswerthe Verbesserungen und über Mög-
lichkeit der Verminderung oder Notwendigkeit der Ver-
mehrung des Justizpersonals von Fall zu Fall zu berichten.

Berlin, 17. November. (N.P.3.) Se. Königl. Hoheit
Prinz Adalbert von Bayern sind heute Vormittag
von Weimar kommend hier eingetroffen und haben sich so-
gleich nach Potsdam begeben.

— Die „Preuß. 3.“ von heute bringt den Text einer
den preußisch-hannoverschen Vertrag vom 7. September
betreffenden Note, welche die preußische Regierung sämtlichen
Zollverein-Staaten hat zustellen lassen und welche
die Kündigung des Zollvereins in Verbindung mit der Ein-
ladung enthält, in den ersten Monaten des künftigen Jah-
res Bevollmächtigte nach Berlin zu entsenden, um über die
Eneuerung und Erweiterung der Zollverträge und über die
zur Sprache gelangenden Punkte die geeigneten Verhand-
lungen zu pflegen und weitere Vereinbarung zu treffen.

Bromberg, 15. November (Pc.3.) Se. Königl. Ho-
heit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin
kam gestern mit dem Abendzug hier von Berlin an. Den
Vernehmen nach wird Se. Königl. Hoheit Sich nach Kö-
nigsberg und von da nach Petersburg zum Besuch Seiner
hohen Verwandten begeben.

Koblenz, 15. November. (Pc.3.) Die herzoglich na-
fassende Regierung hat in einem in diesen Tagen erlassenen
Vorbescheid einer englisch-belgischen Gesellschaft die
Concession zur Errichtung einer Koblenz-Gießener
Eisenbahn unter der Bedingung ertheilt, daß sie sich in
dreimonatlicher Frist über ihre finanzielle Fähigkigkeit aus-
zuweisen habe. Wie wir ferner vernahmen, sind die Bevoll-
mächtigten der gebürtigen Gesellschaft, nachdem ihnen ein
gleicher Bescheid von hessischer Seite geworden, nach Eng-
land abgereist.

Der „D.P.A.3.“ wird aus München, 13. November,
geschrieben: Nachdrücklich erfahre ich, daß bei einem ein-
zigen Bankhaus 300,000 fl. auf das neue österreichische
Anlehen gezeichnet und auch bereits eingezahlt worden
sind. Es ist dies unter den hier obwaltenden Verhältnissen
eine immein nicht unbedeutende Summe. — Viele uns-
seere Deutschkatholiken wollen infolge der jüngst gegen
sie erlassenen Aufhebungsvorordnung nach Amerika auswandern. — In der kommenden Woche werden in der Kam-
mer der Abgeordneten die wichtigen Gesetzentwürfe über
Distrikts- und Kreisvertretung zur Verhandlung kommen,
nachdem dieselben im Laufe dieser Woche Gegenstand der
Beratung im Ausschuß waren. Die zwischen beiden
Kammern noch schwedenden Differenzen über das Notariats-
gesetz sind auch im Laufe dieser Woche noch nicht zur Er-
ledigung gekommen, da die erste Kammer abermals keine
Sitzung hielt. Seit dem Wiedergesammtreffen des Land-
tags am 1. October hat die erste Kammer nur eine kaum
halbständige Sitzung am 23. October gehalten, um den
provisorischen Steuergesetzen beizukommen zu können; seitdem
aber fehlt ihr wieder die beschlußfähige Anzahl Mitglieder,
so daß die Entscheidung der für unsere Verhältnisse wich-
tigsten Frage hierdurch verzögert wird.

Feuilletton.

Montag, 17. November. Concert mit Unterstützung der königl.
musikalischen Kapelle, gegeben von Hr. Trößler,
Kammermusikus.

Der Drang unter den Kapellengliedern, besonders auch
unter den Violinspielern, sich mehr und mehr eine virtuose Ver-
vollkommenung ihres Spiels anzueignen, ist so tödlich und fördernd
für die Einzelnen wie für das ganze Kunstmäntel, daß sich eine
nachdrückliche und ausmunternde Theilnahme des Publikums
dafür als eine angenehme Verstärkung erweist. Rächt auch das
Ziel nur selten in nächste Nähe, so bleibt doch dadurch jene streb-
same fortscireitende Thätigkeit der jüngern Spieler erhalten,
welche ihre allgemein künstlerische Bildung reizt und die
reellen Concertfolgen tragen dazu nicht zum kleinen Theile bei.
Auch der Concertgeber bewährt in seinen Vorträgen (von David
und Vicentius) jenen anerkennungswerten diejenigen Bleib
und jene musikalisch sichere, routinierte Fertigkeit, welche das
Quartett der s. Dresdner Kapelle die erste Stelle unter den
den deutschen Orchestern einnehmen läßt. Der freudlich
gespendete Beifall möge Herrn Trößler zu weiteren vorliegenden
Studien auffordern, die zuwidert einer schönen Fortbildung
und der Entwicklung eines feiner ausgeprägten Vertrags gelten
möchten. Bei dem Oberon-Duo von Gr. Wolff und Grun-
tempf, dessen Pianoforte-Partie von Herrn Heinrich Kummer
(s. russ. Kammermusikus), einem soliden und präzisen, mehr der
Altum als neuen Klavierschule angehörigen Spieler, gefälligst
übernommen war, erschien die Schwierigkeit reiner Intonation
der Violine zum Piano noch nicht überwunden. Es sei nur
bemerkt, daß dazu ein sehr scharfes Einsstimmen der Geige gegen

das Pianosorte nötig ist. Derartige Polypurrisabrikate sollte
man übrigens zu den abgelegten Musikköpfen legen: unser Zeit-
geschmack hat zwar auch die feinen und prächtige, aber es sind
andere, und darin liegt eben ihre Berechtigung, denn nichts lang-
weilt mehr als eine erkannte Geschmacklosigkeit. Einwas amüsant
und musikalisch seiner verarbeitet war das Duo für Flöte und
Oboe und wurde von den Herren M. Fürstenau und Hieben-
thal ganz vorzüglich executirt.

In Gesangproduktionen hörten wir von Fräulein Bürg
namentlich die brillante Arie aus Verdi's „Genani“ recht gelungen,
rein, mit technischer Beherrschung und grazioser Behandlung vor-
getragen. Die zu häufige Verwendung der tiefer nach Garcia's
Methode läufiglich gerührten Bruststimme sei der Sängerin
widerfahren; nicht stark organisierte Stimmen erleiden dadurch
in der höhern Lage Verlust. Herrn Reichart's Lieder-
vorträge (von Schubert, Dössauer) zeigten denselben als einen
trefflichen Liedersänger, der mit einem sehr zart empfindenden und
sein nuancirten Ausdrucke Eleganz der Behandlung, höchst
intelligente Verwendung seiner Stimmmittel und eine schöne Aus-
sprache des Textes verbindet. Herrn Reichart's fernere Concert-
leistungen in diesem Fach werden ohne Zweifel sehr will-
kommen sein.

Die Aufführung der dramatisch bewegten Ouverture zum
„Schiffbruch der Medusa“ von Reissiger, unter des Kompo-
nisten Leitung, gab wieder ein Beispiel jenes schwunghaften,
künstlerisch animierten Spiels der Kapelle, welches Reissiger mit
einer freien Bewegung und begeistigtem Ausdrucke einigt: Eigen-

schaften, die früher ein hoher und steter Vorzug unserer Kapelle
waren, jetzt aber mehr und mehr seliner hervortreten.

Beiläufig sei noch erwähnt, daß für Concerte, die an Muß
und Virtuosenproduktionen ersten Ranges arm sind, eine gegen
früher aussätzige Erhöhung der Eintrittspreise auch dem Vortheile
der Concertgeber nicht angemessen sein dürfte und jedenfalls nicht
im richtigen Verhältnisse zu den gebotenen Genüssen steht.

G. Band.

Bilderaufstellungen im Sachsischen Kunstverein.

Wenn es scheint, als wolle sich in letzter Zeit der Besuch
im Locale unseres Kunstvereins vermehren, so kann dies von allen
Freunden der Kunst nur als ein erfreuliches Zeichen der Zeit
und des immer mehr in dieser Sphäre erwähnenden Anteils an-
gesehen werden. Andererseits muß man es aber auch als eine
natürliche Folge der wirklich schönen und sehnenswürdigen Ge-
genstände betrachten, welche gegenwärtig zur Ausstellung ge-
bracht werden sind.

Es sei hier vorzüglich auf eine Reihe von Aquarellen und auf einen Cyclus landschaftlicher Darstellungen,
auf grauem und braunem Papier mit Kreide und Kohle ge-
zeichnet, aufmerksam gemacht.

Werner war schon vor einer Reihe von Jahren in Rom
als vorzüglicher Aquarellmaler bekannt und fand seine Haupt-
arbeiten in architektonischen Darstellungen. Seine jüngsten Bilder,
besonders sein großes Gemälde, das schon in Wien Aufsehen
gemacht hat: „Siegeleinzug des Doge Contarini in Venezia“

berechnet sind, den confessionellen Freiheiten zu befestigen, der dem Lande nach den Stürmen der Revolution ebenso Bedürfnis ist, als die Ruhe auf politischem Gebiet.

* Altenburg, 16. November. Gestern Abend zeigten Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Olden-
burg, welcher sich einige Tage zum Besuche am her-
zoglichen Hofe hier aufgehalten hatte, nach Hannover ab,
um von da nach Oldenburg zurückzukehren. — Die dies-
jährigen Ergänzungswahlen für unser Stadtverordneten-
collegium sind durchweg zu Gunsten der conservati-
ven Partei ausgefallen. Das diesige „Volksblatt“ schreibt
dieses Ergebniß der im Bunde befindlichen Gleichgültig-
keit seiner Partei gegen das Bestehende zu; wir glauben
jedoch, daß die Conservativen hier, sowie anderwärts, immer-
mehr zu der Ansicht gekommen und von ihr durchdrungen
sind, daß nur festes Zusammenhalten ihrerseits erforderlich
sei, das seit 1848 ganz offen begonnene Werk der Umsturz-
partei zerstören zu können. — Obwohl in unserem Herzoge-
thume die Grundrechte noch nicht aufgehoben sind, ist neulich
dem Abtheil Rothe von hier, welches im Laufe des vergan-
genen Sommers einen Mann auf eine schauderterregende
Weise erschlaßt, das Todesurtheil publicirt worden. Die
öffentliche Stimme erwartet den Vollzug des letztern, da
Rothe ein schon durch vielfache andere Verbrechen berüchtigt
ganz unverbesserliches Subject ist.

Gotha, 13. November. (D.P.A.B.) Die Entscheidung der Frage, ob die organische Vereinigung der beiden Herzogthümer und mit ihr eine wesentliche Umgestaltung unserer staatlichen Verhältnisse zu Stande kommen wird, rückt nunmehr immer näher. Es ist jedoch, obwohl die Commission nach Majoritätsbeschluß der Staatsregierung die genehmigten Unionsvorlagen mit dem Bemerkten zurückgegeben hat, daß das Ministerium dieselben den Sonderlandtagen zur Endlocaannahme mittheilen solle, nicht ungegründeter Zweifel an der verfassungsmäßigen Zustimmung dieser Landtage vorhanden. Denn bei der commissarischen Berathung selbst bildete der demokratische Theil der Commission eine nicht unbedeutende Minorität, und es dürfte dieselbe bei den Verhandlungen der resp. Landtage um so mehr Geltung erlangen, als nach gotha'schem Staatsgrundgesetze zur gütigen Beschlusffassung über Änderungen der Verfassung eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritttheilen der verfassungsmäßigen Zahl der Abgeordneten (also 17 von 25), nach der Verfassung des Herzogthums Coburg aber mindestens eine Majorität von drei Viertel der Stimmen (also 13 von 17) erforderlich ist, welche auch in letzterm Landestheile wohl schwierig zusammengubringen sein dürfte, da dort gerade in neuester Zeit die Ansicht sich geltend gemacht hat, welche eine Vereinigung mit Gotha als finanziell nur wenig vortheilhaft betrachtet und eine schon früher in öffentlichen Blättern berührte Anerkennung der beiden Landestheile durch den Dagwischentreit Meiningens vorzieht. Wie das Staatsministerium aus diesem drohenden Dilemma herauskommen wird, muß die nächste Zukunft lehren.

Wiesbaden, 15. November. (R. A. B.) Die Mitglieder der sogenannten freien Gemeinden betreffend, ist ein Ministerialeescript an sämmtliche Kreisämter ergangen, worin sowohl in der Erwägung, daß in der Gesetzgebung des Herzogthums eine vollständige Erkenntnung der katholischen und staatlichen Einrichtungen nicht besticht, als zur Beseitigung der Siderungen, welche im Bezug auf bürgerliche und politische Verhältnisse durch das bisherige Verhalten der Mitglieder sogenannter freier Gemeinden entstanden sind, erinnert und verfügt wird: 1) Da die Ehen wesentlich auf einem katholischen Acte beruhen und durch ihn allein Existenz und rechtliche Wirksamkeit erhalten, so darf nicht zugegeben werden, daß die Einziehung von Ehen ohne die gesetzliche Kenntnisnahme und Mitwirkung der competenten katholischen Stellen versucht werde. Personen, welche im Widerspruch hiermit sich anmaßen könnten, Trauungen vorzunehmen, sind als strafbar gesetzlich zu verfolgen, und es ist übrigens auch in Ausfertigung von Proklamations- und Copulationscheinen mit Vorsicht zu verfahren, damit Mißbräuchen vorgebeugt werde. 2) Dadurch, daß ein Mitglied der evangelischen Kirche die einsache Erklärung des Angehöriens an eine f. g. freie Gemeinde abgibt, wird dasselbe nach den im Herzogthume bestehenden staats- und kirchengerichtlichen Grundsätzen nicht von seiner früheren Verpflichtung zur Entrichtung der Kirchensteuer an seine Kirchengemeinde befreit, indem diese Leistung von religiösen Ansichten gar nicht und von dem äußern Religionsbekennnis nur unter bestimmten staatsechtlichen Bedingungen abhängt. Die Herren Kreisbeamten werden sich hieinauf

nach seiner Eroberung von Chioggia" beweisen, wie sehr er sich im Ensemble dieser Kunst und in einer harmonischen Durchführung des Colorits verwollkommnet hat, wenn auch dem geschickten Meister die nötige Gewalt und charakteristische Gedanken- und Individualitäten gebende Aussäzung von Adysen und Gestalten zu historischen Bildern fehlt. Die übrigen Bilder hingegen sind reizende Erinnerungsstücke an Italien, erzählende, poetische Blätter aus dem lebendigen Reisealbum des Malers. Sie summieren fast alle aus Venedig und aus Rom und dessen Umgebungen, und so empfangen wir denn hier zugleich interessante Monumente, die sich zum Altbume für ewige Zeiten der vandalische Sinn des letzten Krieges gesetzt hat. Die Ausbrüche der neuen Civilisation zerstörten mit Barbarenfleisch, den Gothen und Hunnen gleich, was die Wirkpunkte des

Heidenthumus und der mittelalterlichen Geiten geschaffen haben. Werner, der aus Sachsen gebürtig ist, versteht es, ganz dem leichten flüchtigen Wesen des Aquarells analog, in diesen Conceptionen eine skizzenhaue verhüttmäßige, virtuos schnelle Behandlung zur besten Wirkung zu bringen und die Localfarben läufigend festzuhalten. Eine lede richtige Zeichnung und gute Perspective, mit Ausnahme des Landschaftlichen, das nicht sein Fach ist, unterscheidet ihn hierbei und giebt seinen Gegenständen Schmeidigkeit und Wahrscheinlichkeit.

Richt minder fesselnd, und zwar für den Künstler noch mehr als für den Laien, sind die Werke Schirmer's. Man kann sie getrost Werke nennen, denn der bekannte Landschaftsmaler hat sich darin als Naturpoet, voll tiefer und innig empfundernder Intentionen, bekannt und etwas geliefert, daß verhältnismäßig wertvoller und bedeutamer ist, als viele seiner letzten oft einseitig manierierten Delagewölfe, die in der Regel zu wivisch geworden

in vor kommenden Fällen unter geeigneter Bedeutung den Mitglieder s. g. freie Gemeinden mit Consequenz bemessen, namentlich also auf Verlangen der Kirchenvorstände den entsprechenden Beitrag hinsichtlich der Erhebung der Kirchensteuern leisten.

Akt 15. November. (A. M.) Ungeachtet der in mehreren Blättern enthaltenen Nachricht, daß die Unterhandlungen in der Contingentsangelegenheit abgebrochen seien, erfährt man aus guter Quelle, daß dieselben nicht bloß fortbewarten, sondern daß auch als Resultat davon der Übergang des Commando's auf den General v. Bartsch zum 1. December mehr als wahrscheinlich geworden sei. Nur die in diese Angelegenheit einschlagenden Civilverhältnisse scheinen noch Gegenstand der Berathung bei den Commissaren und der Obercivilbehörde zu sein. Die bevorstehende Veränderung wird dem Unternehmen nach das jetzige Kriegsdepartement und den sogenannten Mittelstaat vorerst nicht berühren, wogegen unsere Militärs die höherr. Chargen in den einzelnen Truppenhellen ihre Entlassung sicher erwarten. Als Gegengewicht gegen die den Dänen in der Contingentsache gemachten Concessions hält man (unabhängig von dem Eintritte der neuen Ministerkabinetts in Kopenhagen) die Aussicht auf wesentliche Verkehrsvereinbarungen zwischen den Herzogthümern zum 1. Januar 1855 bezeichnet.

— 16. November (h. G.) Dem Bevölkerungsamt ist in einer Sitzung der Commissare am Donnerstag der Beschluss gefasst worden, daß Contingent zu überliefern und in den nächsten Tagen dürfe die Ausführung dieses Beschlusses vor sich gehalten werden.

Hamburg, 15. November. (H. C.) Mit dem heutigen Berliner Vormittagszuge sind 600 Mann preußische Truppen vom 8. Regiment hier eingetroffen. Dieselbe sind bestimmt, eine gleiche Anzahl der in Rendsburg i. Garnison befindlichen preußischen Soldaten abzulösen.

In Lübeck machen jetzt — wie der „D. A. Ztg.“ geschrieben wird — die Wiedertäufer viel von sich reden. Die Zahl derselben soll gar nicht ganz unbedeutlich und ihre Bemühungen, sie zu vermehren, nicht ohne Erfolg geblieben sein. Sie halten, versteht sich bei verschlossenen Thüren, ihre Versammlungen und vollziehen an neuen Mitgliedern auch die Täufe. Ob es wahr ist, was man hier erzählt, daß sie neuerdings in trüger Abendstunde auf unsern Strom benutzt haben, um die Täufslinge ganz darin unterzutauchen, wie die Schrift es überliefert, möchte darum darzutun sein.

Frankfurt, 16. November. Das hiesige „Volksblatt“ bringt folgende Mittheilung: „Freitag, den 14. November Abends um 4 Uhr, war das Einundfünfzigercollegium in einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Der Senat beantragte: 1) Die alte Verfassung von 1816 soll durch Übereinstimmung der Staatskörperschaften beibehalten und so weit sie aufgehoben ist, wieder belebt werden. 2) Das Gesetz vom 20. Februar 1849 über die Gleichstellung aller Staatsangehörigen (Landsmanns, Juden, Weissassen) soll daneben in Kraft bleiben. 3) Das Einundfünfzigercollegium (die ständige Bürgerepräsentation) soll sich ergänzen. Der Senat wird sich ergänzen, fordert das Einundfünfzigercollegium auf, dabei durch seine 20 Mitglieder in der gesetzgebenden Versammlung mitzuwirken und wird an die Versammlung nächsten Dienstag die Aufforderung richten, daß die ihr angehörenden 45 Mitglieder aus der Bürgerschaft (welche nicht Mitglieder des Senats oder der ständigen Bürgerepräsentation sind) gleichfalls bei der Ergänzung des Senates mitzuwirken. 5) Der Senat hat vier seiner Mitglieder, die beiden Bürgermeister, Schöff v. Gundelsheim und Senator Siebert und die Schöffen Dr. Harnier und Dr. Müller beauftragt, in eine mündliche Conferenz über diese Angelegenheit mit einer Deputation des Einundfünfzigercollegiums einzutreten und fordert das Collegium auf, seinerseits eine Deputation zu dieser Conferenz zu wählen. — Das Einundfünfzigercollegium wählte zu der Deputation seinen Vicesenior Martin Schäff, Johann Heinrich Hoffmann, Dr. Ohlenschläger, Stourgh-Diehl, dann den Ex-sudenten Dr. Stark. Die Deputation kam nach 1½ Stunden zurück und referierte. Schäff und Hoffmann sprach sich für die Maßregeln des Senates aus, Dr. Ohlenschläger und Stourgh-Diehl dagegen als grundgesetzwidrig. Ein Abschluß wurde noch nicht gefaßt, sondern die Sache an engere Deputation, welche die fünf rechtsgelehrten Mitglieder des Collegiums zuüben soll, zum Gutachten verwiesen.

— (Pr. 3.) Die Inspektion der verschiedenen Bu-
descorps seitens dazu zu ernennender Commissare der
Litärcommission dürfte in kürzem stattfinden. — Die Ma-

nicht von der Abberufung des französischen Gesandten v. Tallienay bestätigt sich.

Paris, 15. November. Es war nicht anders zu erwarten, als daß nach dem vorgestigten Votum der Nationalversammlung wieder, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, Gerüchte über eine bevorstehende Cabinetsmodisication aufkämen würden. Die wichtigste Veränderung, die sie in Aussicht stellen, wäre der Wiedereintritt der Herren Baroche, Rouher und Gould in die Regierung, wobei Baroche an Stelle des definitiv gesetzten Leon Faucher das Portefeuille des Innern übernehmen und in den auswärtigen Angelegenheiten Herren v. Persigny zum Nachfolger haben würde. Die jüngsten Erfahrungen haben gelehrt, wie behutsam man solche Gerüchte aufzunehmen muß. Die Behauptung, daß Odilon Barrot ins Elysée berufen und dort um Bildung eines Ministeriums angegangen worden wäre, ist grundsätzlich und wird auch durch die neueste Haltung Odilon Barrot's in der Nationalversammlung durchaus unwahrscheinlich. Daß der Präsident der Republik an eine Cabinetsmodisication denkt, ist nicht unmöglich, da den Ministern de Thoigny und Daviel von den Elyseens der Vorwurf gemacht wird, daß Wahlgeschoepe nicht mit der gehörigen Entschlossenheit vertheidigt zu haben. Das vorgestige Votum jedoch, wodurch nach den Grundsätzen der Repräsentativmonarchie das Ministerium sich nicht mehr vor der Nationalversammlung halten könnte, wird gewiß kein Grund für ihn sein, sich von demselben zu trennen. Dies dürfte gerade im Gegentheil ein Grund für ihn werden, es wenigstens noch eine Zeit lang beizubehalten.

— Der Schrecken vor einem Staatsstreich in Verbindung mit einer Manifestation der Vorstädte war in der Nacht nach dem Votum über das Wahlgesetzprojekt unter den Majoritätsmitgliedern so ernsthaft verbreitet, daß, wie schon berichtet, eine Anzahl derselben im Palais Bourbon verbleiben zu müssen glaubte. Man erfaßt heute, daß es 20 bis 30 waren und daß an viele ihrer Collegen noch spät Abends Expressen abgesandt worden sind, um sie ebenfalls ins Palais Bourbon zu befehlen. Die Truppen, sowie die Bevölkerung der Vorstädte verhielten sich indessen vollkommen ruhig. — Jetzt kündigt man wieder auf morgen eine populäre Demonstration unter dem combinierter Ruf: *Vive le soufrage universel! vive le président!* an. Die Gelegenheit soll die morgen stattfindendeziehung der Goldbarrenlotterie abgeben, die große Menschenmassen nach den Champs Elysées und in die Nähe des präsidentenschaftlichen Palastes locken wird.

— Es wird aufs bestimmteste versichert, daß der Präsident der Republik den Quadrirenantrag, wenn die Nationalversammlung ihn auch votiren sollte, nicht ratifizieren, sondern als einen Angriff gegen seine konstitutionellen Rechte zurückweisen wird. General de St. Arnaud, der ganz seine Ansichtentheilt, wird auch unter allen Umständen das Kriegsministerium behalten.

— Man glaubt heute, daß die Majorität das Gesetz vom 31. Mai dergestalt modifizieren wird, daß nur eine einjährige Residenz als Bedingung des Stimmrechts verlangt, dagegen Strafen für die Nichtteilnahme an den Wahlen festgesetzt werden würden. Ein Theil der Minorität würde sich gewiß damit zufriedengeben.

— Infolge der Verhaftung Bidil's und Gonte's und der daraus erfolgten Beschlagnahme mehrerer Papiere soll die Polizei auf die Spur einer unter dem Namen de

„jungen Montagne“ bestehenden geheimen Gesellschaft gekommen sein. Auf Befehl des Polizeipräsidenten de Maupas hat man in einem Hause in Batignolles eine Haussuchung angestellt. Zehn Personen wurden in diesem Hause, wodurch der Sitz der geheimen Gesellschaft sein soll, verhaftet. Der größte Theil derselben soll der Arbeiterklasse angehören. Der Zweck dieser geheimen Gesellschaft ist, wie es heißt, die gänzliche Erneuerung der Gesellschaft. Mehrere Proklamationen, unter andern eine an die Armee, mehrere Propaganda- und Schriften, Waffen und Munition ic. sollen im Besitz belegt worden sein.

— (T. D. d. R. J.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellte Lagrange (von der Linken) das Ministerium über die von den Regierungsgäerten veranlaßten Siedlungen der vorbereitenden Wahlversammlungen modurch bei den nächsten Wahlen ein bewaffneter Aufstand unvermeidlich sei. Diese Aussetzung ruft einen beständigen Zustand hervor. Der Minister des Innern, Thoreigny, antwortet hierauf, daß das Gesetz wohl vollstreckt, doch keinen Bürgerkrieg von der Regierung provocirt werde. Die Interpellation wird verworfen. Bitet, der Berichterstatter über den Quästurenantag, verliest seinen dem Antrage günstige

und einen starken persönlichen Stil haben, der sich von der Wirklichkeit und schönen Wahrheit entfernt. Hier aber zeigt uns Schirmer in einfachen Blättern, mit wie wenigen Mitteln so viel, ja Alles erreichen läßt, wenn man das kann, was leider die meisten Künstler nicht können: Dichten und Zeichnen.

Literatur. Heine's Behandlung der Faustfrage als Roman und seine beigefügten Andeutungen über Literatur und Faustfrage veranlassen uns, das dafür geweckte Interesse auf die sehr vollständige „Literatur der Faustfrage“ von Dr. Verheyen hinzuweisen, welche bei Gelegenheit des Goethefestes erschien und jetzt in neuer Aussage bedeutend vermehrt und verbessert vorliegt.

Theater. In Wien am Hofburgtheater ist das Gedicht der Frau Bayreuth-Bück zur Aufführung gekommen. Wir mag wohl nicht mit Unrecht annehmen dürfen, daß Frau Bayreuth-Bück von dem Bedürfnisse nach einer Bühnenhälfte, die ihre hohen Talente entspricht, nach Wien getrieben wird, um spätere und ruhevölle Verwendung derselben, welche ihr die

Dresdner Repertoire bietet, mit einer frischen künstlerischen Regung zu unterbrechen. Sie tritt in dieser Woche als Prinzessin Eboli, Königin Karoline Mathilde (in Struensee) auf.

häufigste ältere Oper: „Das Concert am Hofe“, wieder mit beigegeben. In der italienischen Oper wird die Gravelli zuerst in der Norma auftreten. Der italienische Komponist Sartori ist ein Schüler Donizetti's, von welchem bereits eine Oper: „Gloria“ in Italien Glück gemacht hat, ist in Paris, und man segt auf sein musikalisches Talent einige Hoffnungen für die jetzt so tief gesunkenen Productionen der italienischen Opernmusik.

* Als Verfasser der in österreichischen Zeitungen viel besprochenen Broschüre: „Spiral eines Klugen und Rath einer Narren“, vermutet man den örv. Unterstaatssekretär Dr. Helfer mit mehr Gewissheit werden die auch im diesem Blatte mehrfach erwähnten „Südslavischen Wanderungen“ dem Dr. Siegfried Karner in Prag zuscrieben.

* In der Damenwelt erregen fürglich editie „Cosmopolitische Briefe“ aus den hinterklassinen Papieren der schönen Mutter v. Königsmarck lebhafte Interesse; sie sollen wirklich von der Königin selber geschrieben und in der Bibliothek ihres Urenkels des Reichsgrafen v. Wackerbarth, aufgefunden sein. Die Schönheit wenigstens, der sie gewidmet sind, glaubt daran und bedient sich der mitzweckhaften Reccette und harmlosen Mittel — der G

* Der Pariser „Gharivari“ enthält eine vorzügliche Gattatur auf General Changoarnier's zweideutige **Stellung** zwischen den Legitimisten und Orléanisten. Der General ist im Costume und Charakter Don Juan's auf, in jenem Arme schdues Kind, rechts ein legitimistisches Mitterjäulein, links orléanistisches Bürgermädchen, und jeder flüstert er ins Ohr: „Ich wette, daß sie Dir sagen wird, ich hätte versprochen, sie heirathen.“

jedoch denselben modifizirenden Bericht. Der Kriegsminister verlangt schnelle Discussion desselben, welche auf nächsten Montag anberaumt wird.

Paris, 14. Novr. Der neue Wahlgesetzentwurf ist gestern in der Nationalversammlung mit 355 gegen 348 Stimmen verworfen worden. An der Discussion nahm nur ein Mitglied der Majorität Theil, Herr v. Batiment; er und der Berichterstatter, Herr Daru, hielten den Schlußantrag des Kommissionsberichts aufrecht; für den Gesetzentwurf sprachen Herr Michel von Bourges, sowie die Minister des Innern und der Justiz. Die Glosseisenen und Montagnardsjournale erinnern nicht, auszudeuten, daß einzig und allein so wenige Stimmen der Majorität zum Siege verholfen haben und stellten zu Ungunsten der Aufrechterhaltung des Gesetzes vom 31. Mai allerhand Behauptungen auf. Den Tag vorher und am Tage der Discussion selbst glaubte man, daß die Abstimmung für den Entwurf günstig ausfallen werde; ungefähr 60 Majoritätsmitglieder waren nämlich der Ansicht gewesen, daß man der vollziehenden Staatsgewalt nicht schroff entgegentreten müsse; aber dieselben Mitglieder, welche für die zweite Lesung stimmten, haben mehr in gewissem Tact geführt, als in der Hoffnung auf eine wirkliche Einigung eine anderweitige definitive Abweisung entkräften wollen. Die große Majorität war anderer Ansicht; sie sah in der Abstimmung einen Act der Politik über eine Prinzipfrage, und wenn sie denselben nun wirklich ausführbar hat, so beweist die geringe Anzahl der den Ausschlag gebenden Stimmen, daß das Ergebnis allerdings nicht wohl vorausgesagen war. — Gestern Abend gingen Gerüchte von Brabschtzung eines Staatsstreichs; es ist auf dieselben nichts zu geben; sie zeigen nur die allgemeine Unruhe an, die hier herrscht. Im Ganzen ist die Majorität mutlos, sieht sich selbst gewissermaßen als aufgegeben an, und vielen Parteiküppern würde es vielleicht nicht unerwünscht sein, wenn die gesetzgebende Staatsgewalt ohne Ordnungsförderung unterläge, der Präsident die Verantwortlichkeit auf sich nähme und aus der jetzigen Lage hervorgeinge, wie er eben wollte; sie möchten lieber in ruhigerer und für ihre Pläne günstigerer Zeit gegen ihn ankämpfen. — Die Ansichten sind hier so verschieden, daß von einer allgemeinen Stimmung nicht die Rede sein kann; man möchte sagen: so viele Köpfe, so viele Meinungen. Nur darin stimmen Alle überein, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann und durchaus eine Wendung der Dinge eintreten muß.

Amsterdam, 14. November. Nach einer Mittheilung im „Handelsblad“ vom heutigen Datum geht aus einer in den Commissionsbericht über den Budgetanschlag für das Departement des Innern aufgenommenen Erklärung des betreffenden Ministers hervor, daß die Regierung Willens ist, der Direction der Rhein-Eisenbahn von Staats wegen einen Beitrag von einer Million Gulden vorzustrecken, welche behufs des Anschlusses an die preußischen Eisenbahnen zur Verengerung der Spurweite, als einer von Preußen geforderten Bedingung, verwendet werden sollen. Der derselbe Gesetzentwurf soll jedoch erst nach Beendigung der Unterhandlungen mit genannter Direction den Kammern vorgelegt werden.

Aus der Schweiz. In Bern hat am 11. Nov. in dem Segensafe zu der schon erwähnten Versammlung von Radicalen (Nr. 297) auch eine Versammlung von angeblich 220 Conservativen aus allen Theilen des Kantons stattgefunden. — Der „Schwäbische Merkur“ schreibt darüber aus Bern, 12. Nov.: Gestern versammelte sich die conservative Mehrheit des großen Raths im Casino nebst vielen angesehenen Männern dieser Partei aus allen Theilen des Landes, um sich zu berathen, wie die Angriffe der Opposition am besten abgewiesen werden könnten. Vor Alem fühlte man, daß in dieser Lage Einigkeit das größte Bedürfniß sei, daher die Regierung in allen wichtigen Fragen des Bestandes der Mehrheit des großen Raths versichert wurde. Es erging sodann die Einladung an sie, auf ihrem Posten zu verbleiben und auf der betretenen Bahn vorwärts zu schreiten und Ruhe und Ordnung kräftig zu handhaben. In Bezug auf die Schatz- und Dotationsgeschichte wurde beschlossen, der Minorität keinen Zoll nachzugeben, den Radicalen überlassen, die Überprüfung der Behörde zu verlangen.

Aus der Westschweiz. Am 9. November, wird der „Dest. Gott.“ geschrieben: Die Majorität, welche die Radicalen bei den jüngsten Nationalratswahlen zu behaupten wußten, wie allem Anschein nach nicht allein auf die innere Politik der Schweiz, sondern auch auf ihre äußeren Beziehungen Einfluß ausübt. Jedes Uebergewicht, welches die radikale Partei in unserm von den politischen Leidenschaften aller Art durchstoßen Lande erhält, wird von den noch immer zahlreich vertretenen flüchtigen Umsturzpartei folgerichtig zu Gunsten ihrer Agitationsspläne nach Außen benutzt werden, und jede Beschränkung dieser Untiefe durch die principecundlichen Kantongouvernements wird unter solchen Umständen stets illusorisch bleiben, trotz aller „friedlichen“ Versicherungen der Bundesbehörde, welche — wir wollen dies noch zu ihren Gunsten annehmen — von den Dingen keine genaue Kenntnis zu haben scheint, die in manchen Cantonen, besonders in den französischen, vorgehen. In Genf, wo der dort herrschende Radicalismus alle verwandten Elemente mit großer Zuverlässigkeit beherrschte, gehörte es zum „guten Ton“, recht wolter das „absolutistische Ausland“ und insbesondere Österreich zu schmähren, welches Herr James Fazy besonders mit seiner freilich wenig maßgedachten und empfindlichen Ungnade bedroht. — Die Agitation der Flüchtlingschaft findet dort eher eine Ermutigung als Schranken, und es ist Thatsache, daß der berüchtigte Mazzini, obwohl vom Bundesrat aus der Schweiz gewiesen, sich dort unter den Augen der Regierungsagenten noch monatelang aufhielt und seine Wahlkreise ohne Unterbrechung fortsetzte. Auch begreifen wir nicht, wie der Bundesrat die hier doch ganz offenkundige demagogische Thätigkeit der sogenannten „demokratischen Wählerkörner“ dulden kann, welche mit ihren Vögeln fortwährend alle benachbarten Staaten überschwemmt und auch in Österreich zu verbreiten sucht, wozu ihre gewisse Agenten in St. Gallen die hilfreiche Hand bieten. Be-

trachtet man nun diese Erscheinungen und andererseits die fortwährenden „friedlichen Versicherungen“ des Bundesrates gegenüber den angrenzenden Staatsbehörden, so wird in uns unwillkürlich die Vermuthung rege, daß entweder die beruhigenden Auskünfte der Centralbehörde in Bern unglaublicher Natur sind, oder daß der Bundesrat nicht die Kraft und Autorität besitzt, die betreffenden Kantone — wo sich die obigen Revolutionsgruppen bei den Flüchtlingen gebunden — zur Erfüllung ihrer Bundespflicht deßglücklich der Unterdrückung der demagogischen Unruhen zu verhüten. In einem Falle oder in beiden wird nun diesem aller Rückicht大胆en Treiben durch die jüngst erfolgten radicalen Wahlen noch eine breitere Basis gegeben, und wir vermögen in der That nicht abzusehen, zu welchen Conflicten eine solche, gelinde gesagt, zweideutige Haltung der Schweiz mit den Nachbarstaaten in der Folge noch führen könnte.

Basel, 14. November. (D.P.A.Z.) Die hierige Regierung trug zu dem unverzüglichsten Antheile von 200,000 Fr., welches zur Errichtung von zwei Telegraphenlinien, von Basel nach Chlasso (gegen Mailand) und von Rheineck am Bodensee bis Genf, aufgenommen werden soll, 50,000 Fr. aus der Staatskasse bei. — In Basels Tanschaft hat der Landrat mit 26 gegen 9 Stimmen ein Gesetz angenommen, welches allen Israeliten ohne Ausnahme die Niederlassung im Kanton untersagt. Jeder, welcher einen Juden als Geschäftsgesellschafter, Diener &c. aufnimmt, ist mit einer Strafe von 300 Fr. oder entsprechendem Gefängnis bedroht. Den Juden soll ebenfalls alles Haustier mit Waaren, Mustern &c. unterfangt, das Gehütteten solcher auf den gewöhnlichen Jahrmarkten, sowie der Handel mit Pferden, Horn- und Kleinvieh, Landeserzeugnissen, Thierhäuten &c. gegen Löschung eines Patents jedoch gestattet sein, wobei sie indeß den Kanton nur mit einem vollkommen regelmäßigen Passe bereisen dürfen. Zu zeitweisem Aufenthalt soll ein besonderer Erlaubnisschein gelöst werden.

Madrid, 7. November. Die „Madridter Zeitung“ veröffentlicht mehrere königl. Decrete, welche den Finanzminister ermächtigen, den Cortes Gesetzentwürfe vorzulegen für eine Reform des Einfuhrzolls, für die Zahlung der Rückstände der Beamtengehalte, für die Rückgabe der sequestrierten Güter des Friedensfürsten Don Manuel Godoy an dessen Eben, und für die Regulirung des Budgets des gegenwärtigen Jahres. — Dem „Heraldo“ wird aus Portugal berichtet, daß die Wahlen in diesem Lande vornehmlich zu Gunsten der dem Ministerium ergebenen Kandidaten ausfallen.

Unsere Flotte wird bald um zwei Linienschiffe, zwei Fregatten und sechs Kriegsdampfschiffe verstärkt sein, die in diesen Tagen in Ferrol vom Stapel laufen werden. Unsere Cortes, die bereits die vierte Sitzung gehalten, haben bis jetzt noch nichts Besonderes vorgenommen. In diesen Tagen wird ein Gesetzesvorschlag den Cortes vorgelegt werden, der die Regierung ermächtigen soll, mit allen außwärtigen Staaten in Postverbindung zu treten. Wichtig für das Ausland ist auch ein Gesetz, welches der Finanzminister vorlegen will. Es betrifft dies die fünfsprozentige Staatsanleihe, die als die zweite in der Reihe amortisiert werden soll. Der größte Teil der Obligationen dieser Schulden befindet sich im Auslande, und will man jetzt behaupten, daß gerade dieses Vorhaben des Ministers der Grund der Reise des Herrn Munoz nach Paris war. — Die Königin hat angefangen, die neuen Kirchen der h. Jungfrau in Madrid zu besuchen. Es ist nämlich eine alte Sitte der Königin von Spanien, sobald sie in den neunten Monat ihrer Schwangerschaft getreten sind, eine neuntägige Andacht zu halten und die erwähnten Kirchen zu Fuß zu besuchen, um die Himmelskönigin um Gnade und Beistand anzuflehn. Wird diesmal der Wunsch des Landes erfüllt, so wird auch ein großartiges Turnier stattfinden, woran der ganze Adel Spaniens teilnehmen wird, und soll das Einkommen davon dem bissigen Endelhaus übergeben werden.

Kopenhagen. Die „R. P. Z.“ schreibt: Nach zuverlässigen, uns aus Kopenhagen zugegangenen Berichten ist das, was in der Presse bisher über den Grund und Stand der dortigen gegenwärtigen Ministerkrise berichtet wurde, nicht genau. Uns wird die Sache so mitgetheilt: Das Ministerium hatte bei seinem Anttreitt geglaubt, es werde ihm gelingen, in der deutschen Frage auch ohne die Zustimmung der deutschen Grossmacht im speziell dänischen Sinne vorzugehen. Deshalb blieben die Missbrauensklärungen Österreichs und Preußens auch unbestritten. Zugt jedoch, nachdem auch Russland ganz diesseitige Erklärung abgegeben hat, begreift der dänische Minister des Auswärtigen, Bluhme, daß sich auf diese Weise nicht fortzegieren lasse, und er ist der Vertreter einer conservativen Politik geworden. Ihm gegenüber hält der Gustavusminister Madvig für ebenso nothwendig als möglich, auf alle Fälle hin die speziell dänische (demokratische) Politik aufrechtzuerhalten und Dänemark vom Isolismus aus handeln zu lassen.

Konstantinopel. Das halbamtlche „Journal de Constantinople“ vom 29. v. M. bestätigt nunmehr, daß ein geistlicher German, die Bewilligung des ägyptischen Eisenbahnbauers enthaltend, nach Alexandrien bereits abgegangen sei. Dieses Ergebnis ist zunächst einer verschallichen Note des ägyptischen Vicekönigs Abbas Pascha zu danken, welche das gedachte Journal in einer frühen Nummer in ihrer Ausdruckung mittheilt. — Über den Rücktritt des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten von seinem Ame brachte das Journal bis jetzt keine Mittheilung; es ist daraus zu schließen, daß derselbe demnach vermieden werden dürfte. — Finanzielle Einsparungen sollen im ausgedehnten Maße in sämtlichen Zweigen der Verwaltung stattfinden.

OC Aus Corfu vom 8. d. M. wird gemeldet: Die Eröffnung des Parlaments der ionischen Inseln ist vom 8. December auf den 25. Februar verschoben worden.

Eine neueste zu Triest eingelaufene Nederlands-post bringt Daten aus Bombay vom 17. October. Die erbedeckte Mittheilung besteht darin, daß das Pandschab mit den nordwestlichen Provinzen zu einer Vicepräfidentschaft mit einem Vicegouverneur an der Spitze erhoben werden soll. Sonst herrsche in Ostindien Ordnung und Ruhe.

Wir haben Nachrichten aus Cuba bis zum 20. October, denen zufolge auch die letzten Spuren des Lopez'schen Un-

ternehmens verschwunden sind. Am 10. October gab der Gouverneur bei Gelegenheit des Namensfestes der Königin zwanzig Kreolen, die an dem Aufstande Theil genommen haben sollten, die Freiheit. Man erwartet eine ähnliche Begnadigung für die noch im Hospitale befindlichen Amerikaner. Es lagen im Hafen von Havannah zwei spanische Fregatten und drei Kriegsdampfer. Man hatte aber von der spanischen Regierung noch sechs Dampfer und sechzig schwere Paarhans verlangt, um alle Häfen und Landungsplätze in gehörigen Vertheidigungszustand setzen zu können, weil man eine Wiederholung des Raubzuges befürchtet. Die Unterzeichnungen zu Gunsten der Opfer der Lopez'schen Expedition betragen schon 174,500 Dollars.

Gemäß den Journals aus Guatemala vom 6. October sind die Zwistigkeiten zwischen Großbritannien und San Salvador durch einen für erstere sehr günstigen Handelsvertrag beigelegt, welcher den Wohlstand der kleinen Republik jedenfalls fördern wird. Im Staate Nicaragua nimmt aber Unordnung und Gesetzlosigkeit mit jedem Tage zu. In Leon ist eine Regierung konstituiert, welche schoß der Regierung in Managua entgegenarbeitet. Beide Parteien haben die Waffen ergriffen, der Bürgerkrieg ist vor der Thür, so daß die 400 Amerikaner, welche in dem Staate leben, sich ebenfalls bewaffnet haben, um auf Alles gefaßt zu sein. — Die Einwohner der Insel Ambergris, welche die Engländer schon vor zwanzig Jahren in Besitz genommen, haben die englische Flagge heruntergerissen, da die Regierung von Yucatan diese wichtige Insel, welche am Einflusse des Hondo in den Yucatan liegt, selbst behaupten will, um den Schmuggelhandel mit den Indianern des Innern zu bemennen. England wird aber auf jeden Fall sich der Insel wieder mit Gewalt bemächtigen und dem Staate den Krieg erklären.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

Dresden, 18. November. Gestern feierte die bissige privilegierte Bogenschützen-Gesellschaft ihr übliches vierjähriges Schützenfest, dessen eigentlicher Zweck die Wiedervereinigung aller derjenigen ist, die an dem großen Bogenschützenfest genommen haben. Das Fest begann mit einem Diner in dem schön dekorierten, mit der laubumkränzten Büste Sr. Majestät des Königs geschmückten Saale des Hotel de Polone und hatte wie gewöhnlich eine sehr zahlreiche, einen großen und durch eingeladene Gäste noch erweiterten Kreis hoher und distinguirter Personen in sich schließende Gesellschaft versammelt. Als Vertreter des Königlichen Hauses fungirte Herr Kammerherr v. Langenn. Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Albert und Georg dehnten das Fest mit Ihrer Gegenwart. Unter den übrigen Anwesenden befanden sich u. a. die Herren Staatsminister v. Beust, v. Friesen und Böhe, der k. k. österreichische Gesandte Graf v. Rieckstein, der Präsident des Oberappellationsgerichts Herr wirkl. Geh. Rath Dr. v. Langenn (bisjähriger Schützenkönig), Herr Generalleutnant Graf von Holzendorff, der Gouverneur der Residenz Herr Generalmajor v. Rochhausen, Herr Bürgermeister Pfostenhauer, die Herren Stadträthe Neubert und Jädicke, mehrere Vorstände und Mitglieder königlicher und städtischer Behörden, sowie des Stadtverordnetenkollegiums &c. Das Festmahl wurde durch eine Reihe Trinksprüche gehoben, die meist ebenso geistreich, als gemüthvoll vorgetragen, nicht verschüttet zum Herzen zu sprechen und hier wenigstens aneutungswerte Erwähnung finden mögen.

Der erste Toast wurde vom Schützenverein, Herrn Stadtrath Jädicke, auf „das schönste Leben Glück und Wohlergehen Sr. Maj. unseres überreichten Königs Friedrich August“ ausgedracht und nach decimaligem jubelnden „Hoch“ von dem König. Commisar Herrn Kammerherrn v. Langenn im Namen des Königlichen Hauses mit einem Hoch auf „das Gediehen und fröhliche Fortbestehen der altherrwürdigen Bogenschützen-Gesellschaft“ erwidert. Der amtierende Vorstand der Gesellschaft, Herr Advocat Heydenreich, feierte in einer warmen Rede den Schützenkönig, Herrn wirkl. Geh. Rath Dr. v. Langenn, „den Mann, der ebenso durch die Reinheit seines Wollens und Steedens wie durch den Reichtum seines Wissens sich ausgezeichnet, dessen Namen in die Liste ihrer Schützenkönige eingetragen zu können die Bogenschützen-Gesellschaft stolz und glücklich macht und von dem Jahre treuer Saché namentlich im Hinblick auf seine Leistungen als Exzellenz der heute hier anwesenden allgelebten königlichen Prinzen offen bekennen muß, daß er sich um das Vaterland verdient gemacht.“ Daß dieser Toast ein enthusiastischer Beifall zu Theil wurde, darf wohl keiner weiteren Ver sicherung. — Eine feierliche Stille vereinigte sich über die Versammlung, als Herr Präsident Dr. v. Langenn das Wort zur Erwideration ergriff. Seine Rede war, wie nicht anders erwartet werden konnte, von mehr als lokaler Bedeutung, ein Erguß eines treuer Liebe für König und Vaterland und trug durchgängig jenes klassische Gepräge, das wir an den Reden dieses hochverdienten Mannes seit Decennien stets zu finden gewohnt sind. Der Kern derselben concentrierte sich in dem Wunsche, daß es Gott gefallen möge, dem Bogenschützenverein jene von den Vätern überlieferten hohen stolzen Güter zu erhalten, durch die derselbe geworden, was er war und noch ist, die von jeher in diesem Vereine heimisch waren und seine Fundamentalgesetze bildeten; biedere Religiosität und Leine gegen Fürst und Vaterland, Sinn für Freiheit durch das Gesetz und unter dem Gesetz, und jene, mit diesen beiden Gütern Hand in Hand gehende fröhliche Hoffnung, die da hofft, daß in 100 und mehr Jahren unsere Nachkommen unserer ebenso gedenken werden, wie wir heute unsre Vorfaeher gedenken. „Meine Herren Schützen,“ — so unglaublich schloß die treffliche Rede — „ich fordere vor Ihren Augen 400 Zeugen auf, es sind die 400 Jahre des Bestehens unsres Vereins, und Sie Alle können mit mir ruhig den Ausspruch dieser 400 Zeugen abwarten. Da ist nicht einer, welcher sagt, der Verein habe seine Eide gebrochen, er habe je von Fürst und Vaterland gelassen. O steeden wir dahin, daß auch in Zukunft nicht ein einziger Zeuge jemals gegen uns auftreten könne. Hoch lebe der Schützenverein unter dem weißgrünen Banner, unter den schützenden Raute, unter dem Albertinisch-Wettinischen Königstamme.“

